



Niederschrift

über die 15. Sitzung des Jugendhilfeausschusses
am 09.07.2013

Sitzungsort: kleiner Ratssaal, Markt 1, 53757 Sankt Augustin
Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 22.40 Uhr

Anwesend waren:

Vorsitzende/r
Lüders, Birgit

Ratsmitglied

CDU-Fraktion

Radke, Johannes
Schell, Georg
Büsse, Juliana

Ratsmitglied
Ratsmitglied
sachkundige/r Bürger/in vertretend

SPD-Fraktion

Kourkoulos, Jörg
Waldästl, Denis
Knülle, Marc

sachkundiger Bürger
Ratsmitglied
Ratsmitglied

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Schulenburg, Monika

Ratsmitglied

FDP-Fraktion

Silber-Bonz, Anne-Katrin

stellvertretende Vorsitzende

Vertreter der Jugendverbände und der freien Vereinigungen der Jugendhilfe

Janke-Schmidt, Petra
Misch, Jürgen
Meger, Christoph-Maria
Dalmus, Michael
Friedhofen, Sibylle

Mitglied
Mitglied
Mitglied
Mitglied vertretend
Mitglied vertretend

Beratende Mitglieder

Lübken, Marcus
Clauß, Sandra
Beerwerth, Dagmar
Eckey-Rieger, Anja
Horstmann, Maria

beratendes Mitglied
beratendes Mitglied
beratendes Mitglied
beratendes Mitglied
beratendes Mitglied

Koerber, Niklas	beratendes Mitglied
Els, Barbara	beratendes Mitglied
Grünwald, Christine	beratendes Mitglied
Wiskemann, Gabriele	beratendes Mitglied
Dahmen, Simon	beratendes Mitglied

Es fehlten entschuldigt:

CDU-Fraktion

Mölders, Martina	Ratsmitglied
------------------	--------------

Vertreter der Jugendverbände und der freien Vereinigungen der Jugendhilfe

Zoll, Roswitha	Mitglied
Montkowski, Gerda	Mitglied

Protokollführer/in

Gräber, Monika

Zusätzlich anwesend

Kuhnke, Dr., Kerstin	beratendes Mitglied Stadtsportverband, vertretend
----------------------	---

Vertreter der Verwaltung:

Kusserow, Marion	FB 5
Liedtke, Harry	FB 5
Krämer, Heinz-Peter	FB 5
Rupp, Stefan	FB 2

Es wurden folgende Tagesordnungspunkte behandelt:

Top	DS-Nr.	Beratungsgegenstand
-----	--------	---------------------

Öffentlicher Teil:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit, der rechtzeitigen und formgerechten Einladung, der fehlenden Mitglieder sowie Anträge zur Tagesordnung
2. Verpflichtung von Ausschuss-Mitgliedern
3. Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 20.02.2013
4. Bericht über den Stand der Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 20.02.2013 gefassten Beschlüsse
5. 13/0181 Einsatz von Familienhebammen im Rahmen der Bundesinitiative 'Netzwerke frühe Hilfen und Familienhebammen'
6. 13/0180 Ein Jahr Schulsozialarbeit im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets(BuT) - ein Erfahrungsbericht aus Sicht der Träger
7. 13/0178 Zusammenarbeit der freien Träger im Handlungsfeld Offenen Kinder- und Jugendarbeit - Bericht über die Arbeit des 2012 eingerichteten Arbeitskreises nach § 78 SGB VIII
8. 13/0184 Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Tagesbetreuung der Kinder ab einem Jahr in Sankt Augustin - Sachstandsbericht
9. 13/0185 Ausbauplanung der zusätzlich erforderlichen Gruppen zur Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Tagesbetreuung

- 10. 13/0183 Übernahme des hälftigen Trägeranteils der ev. Kita Menden, von-Galen-Straße

- 11. 13/0179 Kooperation der Grundschulen und Kindertagesstätten in Sankt Augustin zur Gestaltung des Übergangs für die Kinder und deren Eltern - Abschluss einer Kooperationsvereinbarung

- 12. 13/0174 Erhebung von Beiträgen für die Inanspruchnahme von Tageseinrichtungen für Kinder sowie für die Nutzung der Angebote im Rahmen der offenen Ganztagschule im Primarbereich und der Kindertagespflege

- 13. 13/0146 Änderung der Richtlinien Kindertagespflege

- 14. Anträge der Fraktionen

- 14.1.1. 13/0167 Petition des Jugendhilfeausschusses an den Petitionsausschuss des Landes NRW

- 15. Anfragen und Mitteilungen

- 15.1. Anfragen

- 15.2. Mitteilungen

Nicht öffentlicher Teil:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit, der rechtzeitigen und formgerechten Einladung, der fehlenden Mitglieder sowie Anträge zur Tagesordnung

2. 13/0173 Wahl der in die Vorschlagslisten aufzunehmenden Jugendhaupt- und Jugendhelfsschöffen/-schöffinnen.

Top	DS-Nr.	Beratungsgegenstand	Dienststelle
-----	--------	---------------------	--------------

Öffentlicher Teil:

1		Feststellung der Beschlussfähigkeit, der rechtzeitigen und formgerechten Einladung, der fehlenden Mitglieder sowie Anträge zur Tagesordnung	
----------	--	--	--

Die Vorsitzende begrüßte die Ausschussmitglieder, stellte die Beschlussfähigkeit, die form- und fristgerechte Einladung sowie die fehlenden Mitglieder gemäß Anwesenheitsliste fest.

Im Ausschuss bestand Einvernehmen, den TOP 12 als TOP 6 a und den TOP 9 als TOP 6 b zu behandeln.

Die Protokollierung erfolgt in der Reihenfolge der versandten Einladung.

2		Verpflichtung von Ausschuss-Mitgliedern	
----------	--	--	--

Die Vorsitzende verpflichtete Frau Dr. Kerstin Kuhnke und Herrn Simon Dahmen in der Form, dass sie die von der Vorsitzenden vorgetragene Verpflichtungsformel nachsprachen.

Die unterzeichneten Verpflichtungserklärungen sind dem Original dieser Niederschrift beigelegt.

3		Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 20.02.2013	
----------	--	---	--

Der Ausschuss nahm die Niederschrift zur Kenntnis. Einwendungen wurden nicht erhoben.

4		Bericht über den Stand der Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 20.02.2013 gefassten Beschlüsse	
----------	--	---	--

Der Ausschuss nahm den Bericht zur Kenntnis.

5	13/0181	Einsatz von Familienhebammen im Rahmen der Bundesinitiative 'Netzwerke frühe Hilfen und Familienhebammen'	FB 5
----------	----------------	--	-------------

Herr Krämer erläuterte die Vorlage der Verwaltung und hob den unkomplizierten Beginn seitens der Asklepius Kinderklinik beim Aufbau dieses Modellprojekt positiv hervor und dankte hier besonders Frau Dr. Bryan, der Leiterin der Geburtsmedizin der Kinderklinik, die der Einladung zu dieser Ausschusssitzung gefolgt war. Sie sehe dieses Projekt als Bindeglied zwischen Jugend- und Gesundheitshilfe um Familien, die mehr als der normalen Unterstützung bedürfen, auch auffangen zu können. Die Bedarfe seien zweifelsfrei vorhanden, die Kooperation mit dem Jugendamt müsse zum Ziel haben, dass dieses seinen „Schrecken“ für die Familien verliere.

Sowohl Herr Knülle als auch Frau Silber-Bonz, Herr Schell und Frau Schulenburg dankten allen Beteiligten für die Schaffung dieses Angebotes zur Begleitung von Familien.

Darauf fasste der Ausschuss folgenden Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Ausführungen zum Netzwerk Frühe Hilfen zur Kenntnis.
2. Der Jugendhilfeausschuss beschließt, die Bundesmittel in Höhe von 22.378 € für das Hebammenprojekt in Kooperation mit der Asklepius Kinderklinik zu verwenden.

einstimmig

6	13/0180	Ein Jahr Schulsozialarbeit im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets(BuT) - ein Erfahrungsbericht aus Sicht der Träger	FB 5
----------	----------------	--	-------------

Die Vorsitzende begrüßte zu diesem TOP besonders die Mitglieder des Schulausschusses.

Nach einer kurzen Einführung von Frau Clauß stellten sich die drei Schulsozialarbeiter dem Ausschuss vor, Frau Möller – Einsatz an der Realschule Niederpleis, Herr Jastrzembki – Grundschule Sankt Martin – und Herr Kockmann – Gutenbergschule, Förderschule Lernen. Die Arbeit des ersten Jahres präsentierten sie zunächst in einem anschaulichen Kurzfilm, der durch Zahlen und Daten zu den verschiedenen geknüpften Kontakten, den Sozialräumen sowie einem Ausblick auf die geplanten Maßnahmen ergänzt wurde. Abschließend unterstrichen sie die Wichtigkeit der Weitergewährung der Mittel für die Schulsozialarbeit in Sankt Augustin.

Die Bedeutung eines möglichst fortgesetzten Einsatzes von Schulsozialarbeitern wurde fraktionsübergreifend betont und den drei tätigen Sozialpädagogen für ihre Arbeit ausdrücklich gedankt. Auf Nachfrage erklärten sie, an den Schulen von Kindern und Lehrern gut angenommen worden zu sein und sich sehr wohl zu fühlen.

Die Fragen nach den Auswahlkriterien der Schulen für den Einsatz von Schulsozialarbeitern im Rahmen des BuT sowie einer Zusammenarbeit mit der Jugendberufshilfe und einer Kooperation mit z. B. dem DKSB wurden durch die Verwaltung bzw. den Sozialarbeiterin beantwortet.

Nachdem Herr Waldästl seine Bitte nach geschlossener Unterstützung des Rates für die Petition an den Landtag bzw. den Bundestag Ausdruck verliehen hatte, fasste der Ausschuss folgenden Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Erfahrungsbericht zur Jugendsozialarbeit im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets zur Kenntnis.
2. Der Jugendhilfeausschuss setzt sich dafür ein, dass die zurzeit nur bis zum 31.07.2014 über Bundesmittel finanzierte Schulsozialarbeit im Rahmen des BuT dadurch fortgesetzt werden kann, dass der Bund und/oder das Land entsprechende Mittel bereitstellen.

einstimmig

3. Der Jugendhilfeausschuss bittet die Verwaltung, nach geeigneten Lösungen gemeinsam mit den Trägern von Schulsozialarbeit für den Fall suchen, dass weder Land noch Bund ihrer Finanzierungsverantwortung über den 31.12.2013 hinaus nachkommen.

einstimmig

7	13/0178	Zusammenarbeit der freien Träger im Handlungsfeld Offenen Kinder- und Jugendarbeit - Bericht über die Arbeit des 2012 eingerichteten Arbeitskreises nach § 78 SGB VIII	FB 5
----------	----------------	---	-------------

Herr Liedtke ergänzte die der Vorlage der Verwaltung beigelegten Liste der Fördermaßnahmen dahingehend, dass der aktuelle Stand dieser Förderung, bei nur einer Ablehnung 11 Projekte - verteilt auf 4 Träger - mit einem Volumen von über 40.000 EUR umfasse, unabhängig von den noch geleisteten Eigenanteilen der freien Träger.

Auf die Transparenz der Projektarbeit der freien Träger untereinander und dem sich daraus ergebenden Austausch von Schwerpunktsetzungen für die Planung zukünftiger Aktivitäten im Rahmen des Arbeitskreises wies Herr Liedtke ausdrücklich hin.

Auf besondere Nachfrage von Frau Silber-Bonz bestätigte Herr Liedtke, dass in der von den Mitgliedern des Arbeitskreises verabschiedeten Geschäftsordnung der Grundsatz der Eigenständigkeit und Unabhängigkeit der freien Träger festgelegt sei.

Sowohl Herr Schell als auch Herr Kourkoulos hoben die Unterstützung der freien Träger durch den Arbeitskreis hervor, wobei Letzterer anregte, durch eine Umschichtung bzw. Reduzierung des Eigenanteils der Träger noch mehr Initiative für Projekte der offenen Jugendarbeit dieser Träger zu erreichen.

Frau Clauß führte aus, dass die AG 78 sich mit dem Arbeitsfeld der Offenen Kinder- und Jugendarbeit beschäftige. Eine dauerhafte Erweiterung um die Arbeitsfelder Jugendsozialarbeit, Jugendverbandsarbeit und erzieherischer Kinder- und Jugendschutz führe möglicherweise zu einer so großen Themenbreite, dass ein effektives Arbeiten erschwert würde. Sie stimmte zu, dass es wichtig sei, dass die Offene Jugendarbeit und die Jugendverbandsarbeit sich vernetzen. Wie dies geschehen kann, solle der Arbeitskreis in seinen nächsten Sitzungen erarbeiten. Der Stadtjugendring wird zur Abstimmung zum nächsten Termin der AG 78 eingeladen.

Der Ausschuss fasste daraufhin folgenden Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht über die Arbeit des 2012 eingerichteten Arbeitskreises nach § 78 SGB VIII im Handlungsfeld Offene Kinder- und Jugendarbeit zur Kenntnis.
2. Der Jugendhilfeausschuss begrüßt die konstruktive Zusammenarbeit der freien Träger untereinander und mit der Stadt zur Abstimmung der Ziele und Maßnahmen in diesem Teilbereich des Kinder- und Jugendförderplanes.

einstimmig

8	13/0184	Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Tagesbetreuung der Kinder ab einem Jahr in Sankt Augustin - Sachstandsbericht	FB 5
----------	----------------	--	-------------

Der Ausschuss nahm den Bericht zur Kenntnis.

9	13/0185	Ausbauplanung der zusätzlich erforderlichen Gruppen zur Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Tagesbetreuung	FB 5
----------	----------------	---	-------------

Frau Clauß erläuterte die Vorlage der Verwaltung. Sie ging auf die Vorschläge und Möglichkeiten der Bedarfsdeckung in den einzelnen Planungsbezirken ein und wies darauf hin, dass nach Erstellung der Vorlage der vielfache Wunsch der Elternschaft in Birlinghoven nach einer Lösung vor Ort an sie herangetragen worden sei. Frau Clauß führte aus, dass sich alle Betroffenen zu einem konstruktiven Dialog zusammen gefunden hätten, um die relevanten Kriterien – Trägerschaften, Bebauungspläne, Rahmenbedingungen der Kommune – zu prüfen. Die Verwaltung sähe eine Möglichkeit zur Bedarfsdeckung vor Ort soweit dafür keine eingruppige Einrichtung geschaffen werden muss.

Darauf nahm die anwesende Ortsvorsteherin von Birlinghoven, Frau Borowski, zu diesem letzten Punkt Stellung. Sie machte den dringenden Wunsch der Birlinghovener Eltern deutlich, eine Lösung vor Ort zu suchen und auch zu finden, z. B. mit der Erweiterung der 2gruppigen Einrichtung in eine 3gruppige, verstärkte Suche nach Investoren für die Errichtung einer Einrichtung. Sie appellierte an alle Beteiligten, Träger, Elternschaft, Verwaltung und der Politik, an einem runden Tisch gemeinsam eine Lösung in Birlinghoven, für Birlinghoven zu erreichen.

Auch die Option einer Beteiligung der Fraunhofer Gesellschaft mit der Einrichtung eines Betriebskindergartens würde selbstverständlich weiter verfolgt werden.

Diesem Vorschlag stimmte Herr Radke für seine Fraktion ausdrücklich zu.

Herr Knülle begrüßte die eingeleiteten Schritte für den Sozialraum Birlinghoven. Er schloss sich dem bereits Gesagten an, äußerte jedoch auch Kritik an der Umsetzung der bereits rechtskräftigen Bebauungspläne für den Planungsbezirk Menden-Meindorf, insbesondere der des Fasanenwegs. Die Verwaltung müsse zukünftig stärker darauf achten, mit Investoren feste Übergabezeitpunkte für Gemeinbedarfsflächen festzulegen.

Frau Schulenburg stellte klar, dass ein Umbau des alten Pfarrhauses in Menden ohne behindertengerechten Veränderungsmaßnahmen keine Option sei.

Herr Radke wies darauf hin, dass bei den Planungen für Menden auch die örtlichen Gegebenheiten, z. B. die Parkplatzsituation, noch einmal überdacht werden sollten.

Um eine Deckung des Bedarfs in Buisdorf zu erreichen bzw. zu verbessern, müsse die Suche nach Grundstück und Investor intensiviert werden.

Zu der vorliegenden Verwaltungsvorlage erklärte im Anschluss Frau Silber-Bonz ihre grundsätzliche Zustimmung.

Nach kurzen Wortbeiträgen von Herrn Waldästl und Herrn Kourkoulos fasste der Ausschuss folgenden Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beauftragt die Verwaltung,

1. für den Planungsbezirk Sozialraum Menden-Meindorf

1.1 die Einrichtung eines zweigruppigen Kindergartens im alten Pfarrhaus (Kirchstr. 5) anzustreben und die dafür notwendigen Vorbereitungen zu Treffen,

1.2 für die Gemeinflächen ‚Fasanenweg‘ und ‚Marktstraße‘ die Investorensuche fortzusetzen,

einstimmig

2. für den Planungsbezirk Sozialraum Buisdorf-Niederpleis-Birlinghoven

2.1 vorrangig den zusätzlichen Bedarf von einer zusätzlichen Gruppe in Birlinghoven – unter Vermeidung der Schaffung einer eingruppigen Einrichtung – weiterzuverfolgen,

einstimmig

2.2 die Grundstückssuche für einen zweigruppigen Kindergarten in Buisdorf fortzusetzen,

einstimmig

2.3 die Option eines zweizügigen Kindergartens am Standort Gemeinschaftsgrundschule Freie Buschstraße sollte offen gehalten werden,

einstimmig

3. für die einzelnen Standorte Vorschläge für die Übernahme von Trägerschaften zu erarbeiten. Dabei soll die Trägervielfalt und das Wunsch- und Wahlrecht Priorität haben.

einstimmig

10	13/0183	Übernahme des hälftigen Trägeranteils der ev. Kita Menden, von-Galen-Straße	FB 5
-----------	----------------	--	-------------

Der Ausschuss fasste folgenden Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Übernahme des hälftigen Trägeranteils der Evangelischen Kirchengemeinde Menden und Meindorf für die Dauer von 10 Jahren ab dem 01.08.2013.
2. Der Jugendhilfeausschuss beauftragt die Verwaltung, den entsprechenden Vertrag mit der Ev. Kirchengemeinde Menden/Meindorf nach Zurverfügungstellung der notwendigen Mittel durch den Rat abzuschließen.
3. Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Sankt Augustin, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Rat der Stadt Sankt Augustin stellt die erforderlichen Mittel für die im Jugendhilfeausschuss am 09.07.2013 beschlossene Übernahme des hälftigen Trägeranteils der Evangelischen Kirchengemeinde Menden und Meindorf für die Dauer von 10 Jahren ab dem 01.08.2013 zur Verfügung.“

einstimmig

11	13/0179	Kooperation der Grundschulen und Kindertagesstätten in Sankt Augustin zur Gestaltung des Übergangs für die Kinder und deren Eltern - Abschluss einer Kooperationsvereinbarung	FB 5
-----------	----------------	--	-------------

Herr Liedtke führte zur Vorlage ergänzend aus, dass die Umsetzung der Kooperationsvereinbarung bereits in vollem Gang sei.

Auf die Nachfrage von Frau Silber-Bonz nach der Notwendigkeit detaillierter Angaben in der Erklärung der Erziehungsberechtigten führte er aus, dass es sich hierbei um ein Muster des Lenkungskreises handele. Sie stelle ein Instrument dar, wie der Übergang der Kinder von der Kita in die Grundschule gestaltet werden sollte oder könnte. Die Einbeziehung der Eltern in diesen Prozess sei in jedem Fall unerlässlich.

Diese allein bestimmten, so Frau Clauß, welche Daten in welchem Umfang von ihren Kindern weitergegeben würden. Die Form dazu sei nicht festgelegt. Fest stehe allerdings die Notwendigkeit der Verständigung, ein Stillschweigen dürfe es nicht geben.

Sowohl Herr Radtke als auch Herr Knülle stimmten für Ihre Fraktionen der Vorlage zu.

Der Ausschuss fasste folgenden Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zum Abschluss einer Kooperationsvereinbarung zwischen den Grundschulen, den Kindertagesstätten und der Stadt zur Gestaltung des Übergangs für die Kinder und deren Eltern zur Kenntnis.
2. Der Jugendhilfeausschuss beauftragt die Verwaltung, den weiteren Prozess im Rahmen der Kommunalen Bildungsplanung zu begleiten.

einstimmig

12	13/0174	Erhebung von Beiträgen für die Inanspruchnahme von Tageseinrichtungen für Kinder sowie für die Nutzung der Angebote im Rahmen der offenen Ganztagschule im Primarbereich und der Kindertagespflege	FB 5
-----------	----------------	---	-------------

Sowohl Herr Knülle als auch Herr Schell erläuterten die von ihren Fraktionen gestellten Anträge. In der sich anschließenden Diskussion bestand allgemeines Einvernehmen aller Fraktionen und Verbände darin, eine zusätzliche Belastung der Eltern durch höhere Beiträge bei der Nutzung der OGS-Angebote zu vermeiden.

Der Fachbereichsleiter Finanzen, Herr Rupp, machte deutlich, dass die Verwaltung in die Sitzung des Rates am 16.10.2013 den Entwurf der Haushaltssatzung für die Jahre 2014 und 2015 einbringen wird und es hierfür unerlässlich ist, den im OGS-Bereich entstehenden Fehlbedarf von jährlich rd. 120.000 € zu kompensieren. Soweit dies nicht möglich ist, sei die Genehmigungsfähigkeit des Haushaltssicherungskonzeptes in großem Maße gefährdet. Dies führe in der Konsequenz möglicherweise zu einem Nothaushalt bzw. zu entsprechenden Auflagen der Kommunalaufsicht. Herr Rupp wies ausdrücklich darauf hin, dass ein Nothaushalt wegen weiterer haushaltsrechtlicher Restriktionen unbedingt vermieden werden müsse.

Zur Frage, in welcher Höhe Mehreinnahmen im Bereich der Kindertagespflege und der Kindertagesstätten entstanden sind, führte Frau Clauß aus, dass diese jährlich rund 200.000 € betragen. Hierzu erläuterte Herr Rupp, dass Mehreinnahmen im Bereich der Kindertagespflege und der Kindertagesstätten Bestandteil des Haushaltssicherungskonzeptes seien und festzustellen ist, dass trotz der Mehreinnahmen von rd. 200.000 € der Kostendeckungsgrad von 19 % durch die Eltern leider nach wie vor nicht erzielt würden.

Auf Anregung der Vorsitzenden wurde die Sitzung für 15 Min. unterbrochen.

Danach fasste der Ausschuss folgenden Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss appelliert an die Kommunalaufsicht, Bezirksregierung und an das Landesministerium, die Auffassung, dass die Höhe der Elternbeiträge als „freiwillige Ausgabe“ angesehen werden sollen, neu zu bewerten.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, rechtliche Schritte zu prüfen, um die Auffassung des Jugendhilfeausschusses juristisch gegenüber den übergeordneten Behörden durchzusetzen.
3. Die Verwaltung und der Rat werden aufgefordert, im Rahmen der Haushaltsberatung 2014 ff alternative Einsparpotenziale oder Modelle aufzuzeigen, die eine Abschaffung der Geschwisterkindregelung verhindern.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, für die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 08.10.2013 und vorherige Sitzung des Unterausschusses zu prüfen,
 - a. anstelle einer Geschwisterkindbefreiung eine Art „Familienrabatt“ in der Form möglich ist, dass bei zwei oder mehr Kindern in den in Frage stehenden Beitragsystemen je Kind ein – ggf. je Kind unterschiedlicher - Rabatt gewährt wird.
 - b. sofern 4 a positiv beantwortet wird – wie ein OGS-/Kita-/tageseinrichtungs- übergreifendes Rabattmodell aussehen kann, ohne dass die künftigen Gesamteinnahmen aus beiden Bereichen im Vergleich zu den aktuellen in größerem Umfang verändert werden. Zudem soll dann geprüft werden, ob eine Beitragsdeckung zugunsten von Familien mit vielen Kindern sinnvoll und möglich ist.
5. Ein endgültiger Beschluss zur Beitragssatzung und ggf. Kita/Tageseinrichtungen kann daher erst nach Prüfung und damit erst im Oktober erfolgen.

einstimmig bei einer Enthaltung

13	13/0146	Änderung der Richtlinien Kindertagespflege	FB 5
----	---------	--	------

Der Ausschuss fasste folgenden Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Richtlinien der Stadt Sankt Augustin zur Förderung von Kindern in Kindertagespflege gemäß der §§ 23, 24 SGB VIII in der heutigen Fassung.

einstimmig

14		Anträge der Fraktionen	
-----------	--	-------------------------------	--

14.1.1	13/0167	Petition des Jugendhilfeausschusses an den Petitionsausschuss des Landes NRW	FB 5, FB 2
---------------	----------------	---	-------------------

Der Ausschuss fasste folgenden Beschluss:

Die Petition „Vorlaufkosten für die Einrichtung einer Kindertagesstätte“ wird an den Petitionsausschuss des Landes NRW gerichtet.

einstimmig

15		Anfragen und Mitteilungen	
-----------	--	----------------------------------	--

15.1		Anfragen	
-------------	--	-----------------	--

Die Anfrage wurde schriftlich beantwortet.

15.2		Mitteilungen	
-------------	--	---------------------	--

Es lagen zwei schriftliche Mitteilungen aus, die dieser Niederschrift beigelegt sind:

- Information und Gespräch mit den stimmberechtigten Mitgliedern freier Träger und beratenden Mitgliedern im Jugendhilfeausschuss sowie deren Vertreter am 07.05.2013
- Fortschreibung des Qualitätskonzeptes Kindertagespflege